



# ***Programm Alpha-Partei***

## 1.) Staatswesen und Demokratie

### Bisherige Entwicklung

Die heutige repräsentative Demokratie hat sich zu Anfangszeiten ausgezeichnet bewährt. Langsam übernimmt sie offensichtlich die Züge einer Monarchie auf Zeit. Es bedarf neuer Impulse evtl. die der Mitsprache des Volkes.

Artikel 21 Absatz 1 Grundgesetz lautet: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei“ etc.

Die Verfasser dieser Worte waren zum großen Teil selbst in den Parteien der Weimarer Republik tätig und sagten trotzdem kein Wort vom Regieren dieser Parteien oder im Auftrag des Volkes bzw. nach Meinung der Parteien.

Nein Artikel 20 Absatz 2 sagt ausdrücklich: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt.“ Nicht von jemanden anderes. Diese Worte wurden aus Erfahrung und gutem Grund gewählt.

Es fing alles so schön an. Die Redner der Parteien haben mit gut fundierten Fakten und Argumenten so manchen einer anderen Partei überzeugen können bis Parteidisziplin absoluten Vorrang hatte. Wer sich dem unterwarf durfte auch einmal eine Gesetzesvorlage eines Lobbyisten einbringen dem dann auch großzügig zugestimmt wurde. Dies hat sich in den letzten 30 Jahren dann nicht mehr gebessert.

In der Schweiz macht man uns seit 160 Jahren vor wie es sein könnte. Hier müssen zwingend viele Gesetze vom Volk abgestimmt werden. Hier werden Gesetzesvorlagen vor dem Inkrafttreten noch vom Volk geändert.

Zu was bei uns diese immensen Kosten, zu was irgendwelche Debatten, wenn das Ergebnis wie manche Abgeordnete schon in offiziellen Diskussionen sagten durch die Mehrheit der Partei und der Vorgabe des Kanzlers bereits feststeht. Wo ist noch der Unterschied zur abgeschafften Monarchie.

Nicht treue Parteifreunde müssen die wichtigsten Positionen einnehmen, sondern die Besten unseres Volkes ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit.

Um an die Regierung zu kommen werden die Programme der Parteien an alle Möglichkeiten angepasst, dass sie zwar jeden ansprechen aber eben auch ihre Konturen verlieren. Die kleineren Parteien sind hier anfangs noch effektiver - bis sie zu einer Koalition gebraucht werden und ihre guten Vorsätze und Eigenheiten schnell aufgeben.

Aufgabe einer Regierung muss es sein den Wählerwillen festzustellen und konsequent durchzuführen. Sie muss alle Vor- und Nachteile ergründen und dem Volk zur Entscheidung vorlegen. Das Volk ist nach über 50 Jahren Demokratie mündig genug geworden.

Erläuterung unserer Ziele zum Thema Staatswesen und Demokratie.

Das Volk ist der absolute Souverän.

Über alle wesentlichen Fragen ist eine Volksabstimmung durchzuführen. Ebenso über jeden Sachverhalt wenn mindestens 5% der Wahlberechtigten dies für nötig erachten.

Das Ergebnis einer Volksabstimmung ist von der Regierung konsequent und unverzüglich durchzuführen. Alle Gesetze sind dem Volksentscheid anzupassen.

Die Abgeordneten müssen für ihr Ressort fachlich kompetente Personen sein. Eine Überrepräsentation bestimmter Bevölkerungs- oder Berufsgruppen ist zu vermeiden. Der Bewerber muss mit einer Überprüfung seiner bisherigen Tätigkeit einverstanden sein.

Eingliederung bzw. Zusammenlegung der verwaltungstechnisch unrentablen Stadtstaaten und kleinen Parlamente in Bundesländer.

Zusammenlegung aller Landtagswahlen in ein Monat, möglichst in der Mitte der Legislaturperiode.

Jede Abstimmung im öffentlichen Bereich muss absolut geheim sein. Keine farbigen Abstimmungszettel, Handzeichen etc. Förderung der Abstimmungsmöglichkeiten per Computer bzw. von zu Hause aus.

Strafbarkeit und Schadenersatz bei Vorteilmnahmen von Mandatsträgern oder öffentlichen Beamten sowie den Vorteilgebern.

## **2.) Beamte - öffentlicher Dienst**

Bisherige Entwicklung

Das vor 5.000 Jahren begründete Beamtenwesen mit seinem eng begrenzten Aufgabenbereich war eine geniale Erfindung der damaligen Herrscher, ist in der heutigen Zeit doch wohl überholt. Wir haben keine absoluten Herrscher mehr und benötigen daher auch keine Beamten.

Der hierarchische Aufbau, die Beförderung nach schulischer Vorbildung und danach nach Dienstjahren, als vielmehr nach Können und Leistung erstickt jede Qualität, Entwicklung und umsichtiges, eigenverantwortliches handeln.

Bei Arbeitslosenproblemen früherer Jahre sind viele Personen in den öffentlichen Dienst aufgenommen worden, obwohl durch den Computereinsatz und der Verlagerung vieler Vorarbeiten auf die Bürger gar keine Mehrarbeit vorhanden war, was aber wiederum zum weiteren Anstieg der Bürokratie und somit zu weiterer Staatsverdrossenheit in der Bevölkerung führte.

Es ist hier wie auch in sonstigen Großunternehmen, dass einige Betriebsteile sehr stark belastet sind und andere wieder sehr viel weniger. Wir haben laut Statistik circa 4,5 Millionen Personen als Beamte oder öffentlich Bedienstete beschäftigt. Das sind über 10% aller Beschäftigten - nicht haltbar und nicht bezahlbar.

Dem öffentlichen Dienst sollten Aufgaben übertragen werden, damit die lebensnotwendigen Bedürfnisse der Bevölkerung gesichert sind, oder die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt wird.

Privatisierungen führen fast immer zu Qualitätsminderungen und zu überhöhten Gewinnausschüttungen. Amerika kann mit seinen Stromleitungen und England mit seiner Eisenbahn ein ständiges Lied davon singen.

Bürokratie ist natürlich zur Regulierung des Staatswesens unbedingt erforderlich. Aber alles in Grenzen. Es wäre besser die Entscheidungsmöglichkeiten des einzelnen Beamten zu vergrößern, damit sein Handeln den wechselnden Gegebenheiten besser angepasst werden kann und somit die bis ins kleinste Detail gehende Vorschriftenflut zurückgedrängt wird. Zuviel Bürokratie ist ebenso unsinnig wie zuviel Kapitalismus. Die richtige Mischung macht es.

Erläuterung unserer Ziele zum Thema Beamte - öffentlicher Dienst.

Für die meisten Bereiche der Verwaltung ist kein Beamtenstatus mehr von Nöten. Es können viele Arbeiten auch vom öffentlichen Dienst übernommen werden.

Rückgängigmachung der Privatisierung von lebensnotwendigen Arbeiten, der Versorgung und Entsorgung, sowie Sicherstellung der Lebensgrundlagen für die Bevölkerung und die Wirtschaft.

Abschaffung der Laufbahnvoraussetzungen. Gleiche Weiterbildungsmöglichkeiten und gleiche Einsatzmöglichkeiten für alle Bildungsabschlüsse nach entsprechender Prüfung. Es geht sonst zuviel Spezialkönnen und Wissen verloren.

Bei besonderem Einsatz sollten Leistungszulagen erfolgen, bei Leistungsabfall leichtere Arbeiten mit Gehaltsanpassung. Ab 40 keine altersbedingten Steigerungen bei Gehalt und Urlaub jedoch Anpassung der Lebenshaltungskosten für alle. Pensionsberechnung nach den Lebenseinkünften.

Die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit ist ausschließlich am jeweiligen Arbeitsplatz zu leisten. Nebenbeschäftigungen sind nur in begründeten Ausnahmefällen zu genehmigen.

### 3. ) Justiz

#### Bisherige Entwicklung

Die Justiz bezieht ihre Grundlagen aus einem Gesetzeswerk, das vor über 100 Jahren erstellt wurde und insbesondere zur Sicherung der herrschenden Klasse nach römischem Recht verfasst wurde.

Schon das Grundgesetz hat in weiten Passagen von dem die Bevölkerung bevorzugenden sozialen, gemeinschaftlichen germanischen Recht gebrauch gemacht und sollte in einer schon überfälligen Verfassung festgeschrieben werden.

Nach diesem kann dann ein neues zeitnahes Gesetzbuch verfasst werden das den derzeitigen Gegebenheiten und Möglichkeiten gerecht wird.

Niemand hat Verständnis, dass Richter im Süden schärfer richten als Richter im Norden von Deutschland. Es gibt milde und strenge Richter und solche, die gerade in diesem Falle ein Exempel statuieren wollen.

Richter waren zudem früher und auch in jüngerer Zeit regimeabhängig. Viele Urteile sind für den Souverän (das Volk) unverständlich, dienen oft einer eigenen Gesetzssystematik, die viele nicht verstehen und die sich in vielen Bereichen verselbständigt hat. Hier sind dringend Änderungen nötig.

#### Erläuterung unserer Ziele zum Thema – Justiz

Absoluter Schutz der Bürger und Polizeikräfte gegenüber Verbrechern. Bessere Ausbildung der Polizeikräfte auch auf allen modernen elektronischen Hilfsgeräten.

Voraussetzung muss es sein - Opferschutz geht absolut vor Täterschutz.

Es ist ein neues, allgemein verständliches und mit dem heutigen Rechtsempfinden im Einklang stehendes, praktikables Gesetzeswerk zu schaffen, was dem gemeinschaftlichen, sozialen Empfinden des weitaus überwiegenden Teils der Bevölkerung entspricht und es vor den sich oft diktatorisch aufführenden Mitbürgern oder Verbrechern schützt.

Die Ausbildung von Fachjuristen ist dringend erforderlich.

Routinearbeiten und kleinere Vergehen können auch von hierzu ausgebildeten Rechtspflegern etc. erledigt werden, was z.B. beim Finanzrecht schon lange praktiziert wird.

Standarisierung des Strafmaßes per Computer unter Berücksichtigung aller wichtigen Daten. Bei starker Abweichung beim Urteil, entsprechende Begründung nötig.

Höchstmöglicher Schutz der Bevölkerung vor gemeingefährlichen Verbrechern. Auch bei den sogenannten Heimgängen.

## 4.) Steuern und Abgaben

### Bisherige Entwicklung

Nach dem letzten Weltkrieg mit der fast völligen Zerstörung unserer Städte und der Infrastruktur dachte niemand, dass sich dieses Land je wieder erholen würde. Darüber hinaus wurden in Ost und West die letzten noch verbliebenen Maschinen und Anlagen als Reparationsleistungen abtransportiert.

Der Osten musste weiterhin Reparationsleistungen erbringen, der Westen bekam etwas ab vom Marshallplan, jedoch fast nie in Bar, sondern in Gütern die Amerika gerne loshaben wollte. Wir konnten zwar auch diese gebrauchen, waren aber sonst auf die Innovationen einzelner und der Arbeitskraft aller angewiesen. Finanzen entwickelten sich im Westen sehr gut (Juliussturm), was dann durch die nachfolgenden Regierungen mit Erfolg geändert wurde.

Es wurden Subventionen bezahlt die durchaus ihren Sinn hatten die aber auch weiter bezahlt wurden wenn keine Notwendigkeit hierfür mehr bestand. Es wurden Subventionen bezahlt, um irgendwelche Wähler zu gewinnen oder um die Statistik zu verschönen. Es wurden Firmen vom Westen in den Osten verlagert, weil sie dort 50% der längst überfälligen neuen Maschinen abschreiben konnten und dann aber nur noch die Hälfte an Personal benötigten.

Deutsches Personal erarbeitet Gewinne, mit denen Betriebsstätten im Ausland eröffnet werden, worauf das deutsche Personal dann entlassen wird. Subventionen sind, abgesehen von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Familie, sofort abzubauen.

Die Steuern müssen in erster Linie für jeden verständlich sein. Zu kurze Antrags- oder Einspruchsfristen, für den normalen Bürger wirklichkeitsfremd erscheinende Besteuerungsgrundlagen oder unverständliche Gesetze müssen entsprechend geändert werden.

Die bis zur Wiedervereinigung völlig unnötige Staatsverschuldung, verursacht von beiden großen Volksparteien, sowie die nachfolgenden Kosten der Wiedervereinigung in Höhe von über € 1,8 Billionen wären bei einem Staatsvermögen von vielen Billionen an geschaffenen Werten nicht gravierend. Das Problem sind die hieraus resultierenden Zinsen, welche einen großen Teil der frei verfügbaren Staatseinnahmen beanspruchen.

Da die privat erworbenen Werte ohne diesen Staat niemals hätten geschaffen werden können, erscheint die Wiedereinführung einer Vermögensteuer als durchaus angebracht. Mit diesem Geld könnte dann sicherlich endlich ein modernes, chancengleiches Schul und Betreuungssystem eingerichtet werden.

Nach den Feststellungen des Bundesrechnungshofes werden jährlich Steuergelder in Milliarden Höhe oft sinnlos, vergeudet. Hier müssen die Verantwortlichen persönlich Rechenschaft ablegen. Viele Bürgermeister und Landesväter setzen mit ihrer Parteienmehrheit Anschaffungen durch, deren Nutzen gering aber deren Nachfolgelasten enorm sind. Hier ist Einhalt zu gebieten. Der Bundesrechnungshof ist mit dem notwendigen Personal sowie entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten auszustatten.

Im Zeitalter der offenen Grenzen in Europa ist ein Einkommensteuersystem, das auf den Betriebsgewinn abstellt, hoffnungslos überfordert. Eine Umbuchung, ein Mausklick, und die Gewinne befinden sich in einem anderen Land. Das System muss auf die Basis der direkten und indirekten Entnahmen und Ausschüttungen umgestellt werden. Ein im Betrieb belassener Gewinn soll nicht durch Versteuerung vermindert werden, sondern muss für weitere Anschaffungen und Innovationen zur Verfügung stehen. Erst wenn es für andere Zwecke Verwendung findet muss es versteuert werden. Nur durch diese Umstellung kann es zu Neugründungen und Ansiedlungen finanziell starker und expansiver Betriebe mit der entsprechenden Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland kommen.

0 % Gewinnbesteuerung und dies in einem Land mit einer hervorragenden Infrastruktur inmitten des neuen Europa, dürfte wohl an Attraktivität nicht zu überbieten sein.

Es ist nur eine einheitliche Umsatzsteuer zu erheben, in welcher schon die halbe Rentenversicherung (=Arbeitnehmer-Anteil) beinhaltet ist und somit auf viele Schultern verteilt wird. Wer mehr konsumiert, zahlt auch mehr Steuern. Die staatliche Grundrente ist nach 45 Berufsjahren für alle gleich hoch.

Das Einkommen wird nach einem linearen, progressiven System bis zu einem Höchstsatz von 50% besteuert werden. Für besondere Fälle sind außergewöhnliche Belastungen zu beachten deren Vergütung in festen Sätzen erfolgt. Das Splittingsystem entfällt. Das Kindergeld ist den Lebenshaltungskosten anzupassen. Bei den Rentnern entfällt die Zuzahlung zur Krankenversicherung aus den Rentenbezügen, da sie durch die erhöhte Umsatzsteuer ausgeglichen sind.

Die Berechnung der Gewerbesteuer, ebenfalls immer noch nach dem Ertrag berechnet, ist von allen selbständig Tätigen von den bezahlten Bruttogehältern zu berechnen, da hiervon auf die Belastung der Gemeinde geschlossen werden kann.

Erläuterungen unserer Ziele zum Thema Steuern und Abgaben.

Oberstes Ziel müssen vereinfachte, allgemein verständliche Abgabengesetze sein.

Die Mehrwertsteuer ist wie auch in anderen E.U. Ländern, generell auf 25% zu erhöhen, damit kommt für alle die Hälfte der zu zahlenden Rentenversicherung in Wegfall. (=höhere Gehaltsauszahlungen) halbe Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung auch bei den Selbständigen und deren Entnahmen etc. Die Beiträge zur Krankenkasse und Pflegeversicherung sind wie bisher jedoch auch von Selbständig tätigen zu entrichten.

Eine allen Bürgern in gleicher Höhe zustehende währungs- und pfändungssichere Altersrente von mindestens 1.000,- mtl., (= 2.000,- netto bei Ehepaaren) bei 45 Jahren vollzeitlicher Beschäftigung, wobei auch Studienzeiten und Mutterschafts-Zeiten angerechnet werden, bei nicht Vollarbeit Prozentual und Mindestsicherung.

Zusätzliches vermögenswirksames Sparen bzw. Gehaltsumwandlung ist für eine zusätzliche Altersversorgung bis € 300,- monatlich möglich. Diese Ersparnisse werden ebenfalls währungssicher umgerechnet und sind unpfändbar.

Krankenkassen und Pflegeversicherung sind von jeweils einer Stelle aus zu verwalten, da es hier zu viele Überschneidungen gibt. Das Personal ist zu integrieren. Bei den Sozialbeiträgen muss die soziale Komponente erhalten bleiben.

Der Betrieb als Mitverursacher von Krankheiten, Arbeitsunfähigkeiten und Arbeitslosigkeit bezahlt weiterhin eine Pauschale vom Bruttoverdienst der Arbeitnehmer in Höhe von 20%.

Einkünfte aus Zinsen, Entnahmen, Vermietung und Verpachtung, Dividende und Ausschüttungen sind normales Einkommen.

Die Einkommensteuer wird nach einem persönlichen Freibetrag von je € 9.000. weiterhin progressiv bis zu einem Höchstsatz von 50% erhoben. Für Werbungskosten und Sonderausgaben können auf Nachweis bis zu einem Betrag von jeweils €12.000.- jährlich, 25% abgezogen werden. Das Splitting entfällt. Eine Zusammenveranlagung von zusammenlebenden Lebenspartnern ist auf Wunsch möglich.

Für außergewöhnliche Belastungen, deren Kosten im Kalenderjahr je € 2.400,- übersteigen sind für die Gruppen: Unterhaltszahlung -Ausbildung und Umschulung - Krankheits- und Pflegekosten -Schwerbeschädigte und sonstige Belastungen die darüber hinausgehenden Kosten mit einer festen Vergütung von 25% zu berücksichtigen.

Der Einkommensteuer unterliegen zukünftig bei Einkünften aus Gewerbebetrieb nicht mehr der Gewinn, sondern die Entnahmen, Ausschüttungen, Zinsen, Dividende und Zahlungen für Gewinnabführungen etc., sowie den Teil der überhöhten Rechnungen aus dem Ausland. Bei den Einkunftsarten bleibt es vorerst bei den derzeitigen Regelungen, sollten aber zusammengelegt werden.

Bei der Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer ist die Klasse I (Ehepartner, Erben in gerader Linie etc.) mit 0% anzusetzen, wenn die Schenkungen mit versteuerten Mitteln bzw. durch frühere Erbvorgänge erworben wurden.

Die Vermögensteuer ist als zentrales Instrument mit einem Satz von 1,0% für Betriebs- und 1,5% für Privatvermögen wieder einzuführen. Ein persönlicher Freibetrag von jährlich € 150.000,- pro Person und € 75.000,- für jedes Kind bis 18 Jahre ist zu berücksichtigen. Diese Steuer soll insbesondere zu einer bestmöglichen Ausbildung und Betreuung unserer Kinder Verwendung finden.

Die Gewerbesteuer ist von allen selbständig Tätigen nicht nach dem Gewinn, sondern nur nach der Bruttolohnsumme zu berechnen. Der Steuersatz beträgt nach einem Freibetrag von €36.000,-- pro Firma 1,5 % x Hebesatz je nach Gemeindeordnung. Die Ökosteuern sind schrittweise zurückzuführen. Bagatellsteuern, mit hohem Aufwand für deren Feststellung oder Verwaltung, sind gänzlich zu streichen.



Um die überlebensnotwendige Versorgung mit Strom, Wasser, Müllabfuhr und Verkehr gewährleisten zu können, sind diese wieder in gemeinschaftliche Hand zurückzuführen, bzw. die Einflussnahme der Bevölkerung sicherzustellen. Schutz des Bürgers vor nicht gedeckten Nachfolgelasten durch Mandatsträger. Angesparte Beträge der Gemeinden in das nächste oder in ein späteres Rechnungsjahr müssen ohne Auswirkungen auf neue Zuweisungen möglich sein. Letztere richten sich allein nach den Bedürfnissen, dem Zweck und nach der Einwohnerzahl.

## **5. ) Familie, Ausbildung und Soziales**

### Bisherige Entwicklung

Eine Partnerschaft wird durch ein Kind erst zur Familie. Die Familie ist die kleinste Zelle des Staates. Ein Kind braucht für eine gute Entwicklung Mutter und Vater und liebt beide Elternteile. Eine Scheidung zerstört diese Zelle. Die Selbstverwirklichung des Einzelnen darf nicht über die Bedürfnisse der Kinder gehen. Diese notwendigerweise Alleingelassenen, geben meistens keine guten Schüler ab und haben häufig auch Schwierigkeiten bei späteren Partnerschaften.

Ein Kind ist in finanzieller Hinsicht natürlich auch eine Belastung. Die Allgemeinheit kann diese nicht völlig abnehmen, aber doch stark vermindern.

Allen Kindern ist eine anteilige Wohnungszulage zu gewähren, welche mit dem Kindergeld nach erhöhten Kriterien, welche jährlich angepasst werden, an den Meisterziehenden zu bezahlen ist. Kindergartenplätze ab dem 3. Lebensjahr zu Zeiten, an denen diese auch gebraucht werden, müssen garantiert sein. Die Vorbereitung auf die Schule frühzeitig gestaltet und unterstützt werden.

Die Schulen sind seit vielen Jahrzehnten nicht mehr den Gegebenheiten und den Erkenntnissen angepasst worden. Vom Aufbau über die Leitung, Unterrichtung, Lehrplan bis zur Förderung der Schüler hat sich seit 100 Jahren nicht viel geändert. Für die Berufswahl sind unbedingt die speziellen Eignungen und Neigungen festzustellen.

Mit der Volljährigkeit entfällt das Kindergeld. Stattdessen hat jeder Anspruch auf Bafög-Kredit, unabhängig vom Einkommen der Eltern, für 5 Ausbildungen, z.B. Schulabschluss, Meisterbrief, Studien, Umschulungen. Nach Aufnahme einer Tätigkeit ist dieser Kredit mit 10% des Einkommens zuzüglich eines kleinen Zinssatzes zurückzuzahlen.

Universitäten deren verschiedene Fächer nicht nach Neigung belegbar sind, sondern Studienzugänge durch Zuweisung eines Studienplatzes nach Notendurchschnitt sind unakzeptabel. Das Professorenwesen ohne Engagement in überfüllten Hörsälen, möglichst noch mit Bildschirmübertragung in einem Nebenraum. Die Universitäten sind veraltet und zum Teil nicht nur äußerlich renovierungsbedürftig.

Die Grunderfordernisse für das Abitur müssen in Deutschland einheitlich geregelt werden. Darüber hinaus muss für jeden Bürger nach einer entsprechenden schriftlichen Vorprüfung ein Fachstudium möglich sein. Viel Spezialwissen geht sonst verloren.

Je nach Fachgebiet können auch die ersten oder auch alle Semester über Internet erlernt werden. Durch die von Bafög finanzierten Studiengebühren werden einerseits die Professoren angespornt und andererseits die Studenten von Parkzeitstudien abgehalten, wodurch sich die Studienplatzzuweisungen von selbst erledigen dürften. Die Vermittlung von dann Ausgebildeten bei den Arbeitsämtern ist ein Armutszeugnis deutscher Bürokratie. Endlose Umschulungen, oft unter Zwang, nur um die Arbeitslosenzahl niedrig zu halten, müssen eingestellt werden. Umschulungen gehören in die Hände der Unternehmen bei entsprechenden Zuschüssen.

Jeder muss das Recht auf Arbeit haben, nicht in dem bisher ausgeübten Beruf, möglichst aber doch seinen Fähigkeiten entsprechend und zu einem Lohn, dass man normalerweise davon leben kann. Die verschärfenden Kriterien des sog. Hartz IV (Vermögensverwendung) dürfen nur greifen, wenn Arbeit für die Allgemeinheit nicht akzeptiert wird.

Die vorhandene Arbeit wird durch noch so viele Konzepte und Verschiebungen nicht vermehrt. Der Staat hat durch entsprechende Gesetze und Eigeninitiativen die Voraussetzungen zu schaffen, dass mehr Arbeit in Deutschland anfällt.

Die lebensnotwendigen Betriebe sind ebenso von den Ländern oder vom Bund zu betreiben wie Firmen die einer gewissen Preisregulierung dienen damit die Kaufkraft der Bevölkerung nicht durch weit überhöhte Preise geschwächt wird.

Die Löhne werden derzeit prozentual erhöht. Dies führt dazu, dass höhere Lohngruppen mehr erhalten als niedere und durch die Potenzierung der erhöhten Gehälter auf die erhöhten Gehälter mit zunehmendem Alter Beträge entstehen, die für manche Unternehmen unbezahlbar werden. Die Gehaltserhöhungen müssen sich an den Veränderungen der Lebenshaltungskosten orientieren und für alle gleich sein. Einer evtl. Umgruppierung steht das nicht im Wege.

Die Ich - AG, veranlasst so manchen ohne Ausbildung oder Fachkenntnisse, ein Geschäft zu eröffnen, welches dann in einem Fiasko endet. Zwischenzeitlich haben diese den etablierten Geschäften soviel Umsatz abgenommen, dass diese auch Personal entlassen müssen. Diese Maßnahme ist zurückzunehmen.

Die meisten Krankenhäuser, Kliniken, Alten- und Pflegeheime werden mit sehr viel Sorgfalt und Überstunden geführt, aber es gibt auch solche, in welchen nur der Kommerz zählt. Die Zufriedenheit der Patienten nimmt in den letzten Jahren wegen erhöhter Behandlungs- oder Pflegefehler stark ab. Dem Patienten ist es gleichgültig ob dies auf die Überbelastung des Personals oder der oft erwähnten Bürokratisierung zurückzuführen ist. Hier muss Abhilfe geschaffen werden. Ein besonderes Augenmerk ist jedoch auf die Pflege in der gewohnten Umgebung zu legen, möglichst durch Familienangehörige. Die Gesetze sind den Gegebenheiten besser anzupassen.

Erläuterung unserer Ziele zum Thema Familie, Ausbildung und Soziales.

Die Gerichte sollten bei Scheidungen zukünftig nur noch zuständig sein, wenn die Scheidungssuchenden gemeinsame, minderjährige Kinder haben bzw. die finanziellen Verhältnisse auf Wunsch einer Partei zu regeln sind. In den sonstigen Fällen und bei geregelten finanziellen Verhältnissen ist der Standesbeamte zuständig. Bessere Rechte des nichterziehenden Elternteils die Kinder zu kontaktieren. Unterhaltsleistungen müssen den Möglichkeiten besser angepasst werden.

Ganztageskindergärten, deutsches Sprachtraining, vorgezogene schulische Übungen, sind für das spätere Leben in unserer Gesellschaft unbedingt notwendig. Kostenloser Besuch der Kindergartens und der Schule und eines Mittagessensangebotes sowie Lehrmittelfreiheit ist zu garantieren. Die Mindestklassenziele sind bundesweit vorzugeben. Wie diese erreicht werden ist Ländersache. Auf eine lebensnahe Ausbildung mit Grundbegriffen des Rechts, der Medizin, des Handwerks und des Handels ist neben dem bisherigen, manchmal zu weitgehenden Unterricht in manchen Fächern, zu achten. Eine individuelle Förderung durch Computer ist einzuführen. Schulstunden auch am Nachmittag. Aufgaben sind in der Schule unter Aufsicht zu fertigen.

Grundstudium, wenn möglich zu Hause über Internet, mit Haus- und Klausurarbeiten unter der Leitung von frei zu wählenden Professoren, daher Studiengebühren. Umfassende, voraussetzungsbezogene Aufnahme- und Abschlussprüfungen. Prüfungen können so oft wie nötig wiederholt werden.

Jeder hat das Recht auf Arbeit. Zum Übergang zu einer neuen Beschäftigung wird Arbeitslosengeld bezahlt. Bei Mutterschaft, Krankheit und Alter entsprechende Bezüge aber sonst – ohne Arbeit kein Geld.

Rückführung der lebensnotwendigen Einrichtungen. Einführung oder Übernahme von Instituten und Firmen die Waren herstellen deren Produktion wichtig ist oder für eine existenziell notwendigen Preisregulierung gebraucht werden.

Abschaffung der prozentualen Gehaltserhöhungen, Angleichung der Gehälter an die Steigerung der Lebenshaltungskosten für alle gleich.

Keine Lohn- oder Urlaubssteigerungen ab dem 40. Lebensjahr wegen Alter oder Berufsjahre. Unterschiedliche Gehälter je nach Firma oder Stadt und Land, nach Leistung und Können sind zu beachten.

Laufende Überprüfung der Krankenhäuser, Kliniken, Alten- und Pflegeheime, Einsatz von Zivildienst- oder Soziales Jahr Leistenden zur Betreuung.

Höhere Vergütungen für Pflege Zuhause. Vergütungen auch für Pflege außer Landes.

## 6a.) Banken

Bisherige Entwicklung.

Wenn Banken ihre Kunden zu Geldangelegenheiten beraten, aber sich selbst verspekulieren, ist das kein gutes Zeichen. Keine Bankspesen auf Gehaltskonten versprochen einmal alle seriösen Banken. Sie verbürgen sich dafür, auch für die Zukunft. - Wir müssen die Gebühren für Kontoführung erhöhen um überleben zu können. - Bei Krediten im Verzug müssen wir nicht nur sehr viel höhere Zinsen berechnen, außerdem benötigen wir von möglichst vielen Familienmitgliedern, Bürgschaften, selbstschuldnerische Verpflichtungen, Lebensversicherungen und Sparbücher, da das Risiko nun gestiegen ist, denn man verwaltet ja fremdes Geld. Bei größeren Firmen steigen wir jedoch auf jedes Zinsangebot der Konkurrenz ein. Die Firma hat Konkurs gemacht, schade. -

Wenn die Zinsen steigen, funktioniert die Weitergabe bei allen Banken sehr schnell, wenn sie fallen, braucht die Umsetzung trotz mehrmaliger Mahnung der Bundesbank viele Monate und oft Jahre. Keine Bank vermittelt gerne Staatsdarlehen oder Existenzgründungsdarlehen, da mit diesen nicht viel verdient wird. Aber ausländische Investmentfonds, Häuser und Wohnungen, Bausparverträge oder Versicherungen.

Es ist für Banken unmodern geworden, Firmen in Krisenzeiten finanziell zu unterstützen. Man kann eher mit der Sperrung der Konten rechnen.

Es wurde ein internationales Ratingsystem eingeführt um möglichst keine Kredite geben zu müssen, denn Spekulationen bringen mehr. Wie aber dann die Wirtschaft florieren soll und auch die Banken selbst wirtschaften wollen, ist unklar. Die bisher kleineren Banken waren durchaus in der Lage ganz Europa, mit allen großen Firmen, nach dem Kriege wieder aufzubauen, diese müssen nun wegen der angeblich globalen Aufgaben fusioniert werden. Die Frage ist- welche Aufgaben. Der Service ist jedenfalls nicht besser und nicht billiger geworden und die Einwohnerzahl hat sich auch nicht erhöht.

Sparkassen und Landesbanken haben sich in den Jahren nach der Währungsreform und nach der Wiedervereinigung große Verdienste erworben. Doch in zunehmender Masse gleichen sich die Sparkassen den Geschäftsbanken an. Hohe Gebühren, hohe Zinsen, die wichtigen Überziehungskredite zum Einkauf für Handel und Handwerk, wurden halbiert, über die Höhe der Zinsen muss gehandelt werden.

Der Staat benötigt jedoch eine Institution die den Geldfluss korrekt in seinem Sinne im Lande regelt.

Es gibt in der Wirtschaft nur 3 Komponente: Arbeit, Innovation und Kapital. Hat man von einem zuwenig muss man die anderen umso mehr einsetzen. Arbeitskräfte gibt es auf dieser Welt genug. Arbeiten für Massenfabrikationen im Ausland verrichten zu lassen und sich mehr auf Innovationen und Handel zu konzentrieren ist schon seit 3000 Jahren ein gängiges Prinzip.

Zu mehr als 50% im Ausland hergestellte Ware ist aber keine deutsche Ware mehr. Arbeit ins Ausland zu verlagern, aber das Inland nicht mit genügend billigen Kapital und einer sehr guten Ausbildung zu versorgen, ist absolut tödlich.

Erläuterung unserer Ziele zum Thema Banken.

Massive Förderung des kleinen und mittleren Handwerks und der Gewerbebetriebe. Öffentliche Aufträge sind auf Wunsch der Firmen zu finanzieren.

Anpassung der Banken an den veränderten Bundesbankzinssatz innerhalb von 3 Monaten. Trennung von Geschäfts- Hypotheken- und Investmentbanken.

Eine nachträgliche Sicherheitsforderung während der Kreditlaufzeit ist unzulässig.

Bürgschaften und selbstschuldnerische Verpflichtungen sind nur von staatlichen Stellen und Banken möglich.

Die Vergabe von staatlichen Kredithilfen über die Hausbanken hat sich nicht bewährt. Daher auch Direktvergabe durch die KfW.

## **6b.) Versicherungen**

Bisherige Entwicklung

Von der Schadensumlage in einen bestimmten Kreis von Interessenten, wie es in der Landwirtschaft heute noch üblich ist, über Versicherungen auf Gegenseitigkeit kam es zu den Versicherungsaktiengesellschaften, welche entsprechende Gewinne ausweisen müssen. Um dies zu erreichen sind die Prämien entsprechend hoch, oder es wird in einem größeren Schadensfall die Belastbarkeit des Geschädigten durch langwierige Prozesse getestet, beziehungsweise bei zu erwartenden Nachfolgelasten nur Pauschalabfindungen bezahlt.

Es werden Beteiligungen mit branchenfremden Firmen eingegangen, welche Risiken in sich bergen die auch zu Verlusten führen können. In diesem Falle wird wohl indirekt wieder der Versicherte bezahlen, obwohl er im Falle von Gewinnen, lt. Urteil, keinen anteiligen Auszahlungsanspruch hat.

Der Versicherte will auch nach dem Schadensfall keine Aufklärung darüber, warum gerade in diesem Fall nicht bezahlt wird oder was er noch hätte tun müssen um vorher informiert zu werden. Andererseits können und dürfen Versicherungen keine Entschädigungen bezahlen für Schäden die nie wirklich entstanden sind oder mutwillig herbeigeführt wurden.

Erläuterung unserer Ziele zum Thema Versicherungen.

Förderung der Versicherungen auf Gegenseitigkeit.

Keine versicherungsfremden Geschäfte insbesondere bei Ansparversicherungen.

Bei Schadensregulierungen Teilzahlungen innerhalb von 3 Monaten nach Schadensmeldung. Nach 1 Jahr Festsetzung der Entschädigung durch amtliche Stellen.

Angemessene Verwaltungskosten. Rückvergütung von Überschüssen.

Auf Wunsch Übergabe der Abwicklung von Schadensfällen an einen Dritten.

## 7.) Interessenvertretungen

### Bisherige Entwicklung

Die Gewerkschaften stellen sicherlich die größte Interessenvertretung der Bundesrepublik dar. Seit deren Entstehen haben sie schon des Öfteren die grundlegenden Bedürfnisse der Arbeitnehmer erfolgreich vertreten. Bedingt durch ihre Beitragsabhängigkeit sind sie natürlich genötigt weitere Forderungen zu stellen, obgleich vielleicht schon alle ursprünglichen Wünsche erfüllt sind.

Sie waren daher auch immer mit den Forderungen ihrer Zeit voraus. Kaum hatten wir gute Beschäftigung erfolgten Arbeitszeitverkürzungen bis ausländische Arbeitnehmer gebraucht wurden. Es folgten Forderungen von Lohn- und Lohnnebenkosten, was die Firmen auf mehr Computertätigkeit ausweichen ließ. Hierdurch sanken die Stückkosten, was erneute Lohnforderungen nach sich zog. Die Folge hiervon ist, dass Firmen ihre Produktion ins Ausland verlagerten und Arbeitnehmer in Deutschland zurücklassen.

Die Gewerkschaften müssen sich den geänderten Verhältnissen anpassen. Flächendeckende Abschlüsse sind bei der Unterschiedlichkeit der Betriebe nicht sinnvoll. Eine Werkzeugfabrik für Computerwerkzeuge wird einen Lohn sicher leichter bezahlen können als eine Fabrik die traditionelle Werkzeuge herstellt. Der gleiche Lohn ist am Land mehr wert als in der Großstadt. Im Norden mehr wert als im Süden.

Betriebsräte haben sich in mittleren Betrieben recht gut bewährt, in Großbetrieben insbesondere wenn diese ausländische Anteilseigner haben, sind sie einfach überfordert. Hier müssten Fachleute der Gewerkschaften gegen entsprechendes Entgelt tätig werden. In Kleinbetrieben sind die Betriebsräte entweder der Schatten des Chefs oder sein Gegner. Diese Aufgabe sollte ein Unabhängiger übernehmen.

Bei Streik insbesondere Warnstreik darf kein Unbeteiligter zu Schaden kommen oder auch nur Unannehmlichkeiten hinnehmen müssen, nur weil öffentliche Maßnahmen vielleicht wirkungsvoller oder medienwirksamer sind.

Die Arbeitgeberverbände vertreten insbesondere die Interessen der Großfirmen welche von allen Betrieben jedoch nur einen Anteil von 5-10% ausmachen.. Die Bedürfnisse der mittleren und kleinen Betriebe sind ihnen offensichtlich unbekannt.

Ein globales Ärgernis ist die Lobbyarbeit. Es ist natürlich verständlich, dass Firmen sich von der Regierung Vorteile erhoffen. Nur bezahlen soll dies letztendlich der sogenannte Souverän – das Volk. Wenn dann diesen Firmen auch noch Räume in Ministerien zur Verfügung gestellt werden um dort nicht nur Einfluss nehmen zu können, sondern sogar die Gesetzesvorlagen schreiben und andererseits bei manchen Firmen, Banken und Versicherungen Söhne und Töchter von Abgeordneten für Nebenbeschäftigungen in hoch dotierten Stellungen angestellt sind, wird wohl auch dieses wieder vom Volk bezahlt werden müssen. Umsonst hat Deutschland als eines der wenigen Länder in der E.U. das Verbot der aktiven und passiven Bestechung von Abgeordneten noch nicht unterzeichnet. Dies muss sich ändern.

Erläuterung unserer Ziele zum Thema Interessenvertretungen.

Gewerkschaften sollten in den öffentlichen Dienst integriert werden und aufsichtführend bzw. beratend in Firmen tätig werden.

Die Betriebsräte sind der tägliche Ansprechpartner wie bisher, jedoch nur in Betrieben über 20 Mitarbeitern.

Auf Wunsch einer Firma Einzeltarifabschluss den Möglichkeiten der Firma angepasst. Mindestlöhne müssen Beachtung finden.

Gewerkschaften sollten, von Schließung bedrohte, aber doch rentable Betriebe. die Übernahme durch die Arbeitnehmer unterstützen.

Kein Streik darf unbeteiligte Personen in ihren Rechten und Pflichten beeinträchtigen.

Kammern sollten nur Geld für Leistung und nicht für Zwangsbeiträge erhalten.

## **8.) Presse und Medien**

Bisherige Entwicklung

Die Presse ist durch Journalisten, die sich Interviews am Schreibtisch ausdenken oder Tatsachen bewusst falsch wiedergeben, in Verruf geraten. Berichte ohne Grundkenntnisse oder Hintergrundinformationen, aber Zerstörung der Privatsphäre bei noch so schweren Schicksalsschlägen darf es einfach nicht geben und das unter dem Mantel der Informationspflicht und Pressefreiheit. Pressefreiheit ist richtig und wichtig, aber nicht für Personen, die so handeln.

ARD und ZDF wurden als unabhängige Fernsehsender gegründet mit der Aufgabe, die Bevölkerung sachlich und unabhängig zu informieren. Wenn man liest, wie parteiabhängig die Besetzung der Sender sind, wenn man merkt, dass nur Sendungen nach den Einschaltquoten bewertet oder sonst erst um Mitternacht gesendet werden, oder wenn ganze Sendungen von Firmen beeinflusst werden, dann ist die Frage berechtigt wofür man eigentlich Gebühren bezahlt. Es sollte doch Aufgabe von Presse und Medien sein, bestmöglich zu informieren und nicht Tendenzen zu schüren.

Erläuterung unserer Ziele zum Thema Presse und Medien.

Bei offensichtlichen Fehlinformationen, Berichtigung des Geschädigten an einen gleichen Wochentag, in der gleichen Länge an der gleichen Stelle oder Sendung.

Bei Eindringen in die Privatsphäre einer nicht öffentlichen Person, Schadenersatz sowie Abtretung der hierdurch erzielten Vorteile.

Die öffentlichen Sender müssen frei von irgendwelchen Einflussnahmen der Parteien oder der Industrie sein. Dies gilt auch für die Besetzung aller Ämter in den Sendeanstalten. Der Bezahlung der Angestellten muss denen des öffentlichen Dienstes entsprechen und alle Ausgaben der Kontrolle und Überprüfung des Bundesaufsichtsamtes unterliegen.

## **9.) Kultur, Wissenschaft und Forschung.**

### Bisherige Entwicklung

Unser kulturelles Erbe wurde schon vor Jahrhunderten, je nach Kassenlage, vernachlässigt und bröckelt weiter vor sich hin.

Von Königen und Herzögen aus Prestigegründen gesammelt oder verwahrt, schlummert das meiste in für das Volk unzugänglichen Orten.

In klimatisierten Räumen werden Dinge aufbewahrt die vorher Jahrtausende ohne diesen überstanden haben. Sammlungen werden durch weite Reisen von Fachpersonal ergänzt oder neu angelegt, damit sie der Nachfolger zu den anderen Artikeln in den Keller stellt.

Die Wirtschaft verwendet von den patentierten Erfindungen praktisch nur jene welche in der eigenen Firma angestrebt und erfunden wurden. Ein Faxgerät interessierte keine der infrage kommenden Firmen bis sich gnadenhalber eine japanische Firma dessen annahm.

Nur wer sich so verhält, darf nichts an öffentlichen Mitteln erhalten. Wir können nicht zusehen wie wertvoller Nachwuchs ständig abwandern muss weil er hier keine Möglichkeiten hat.

Alles dem Fortschritt dienende muss erforscht werden. Wir haben als Rohstoffarmes Land keine andere Wahl. Ob Gentechnik oder Stammzellenforschung.

Wir glauben nicht, dass machbares nicht irgendwo gemacht wird. Wir kennen die Heuchelei bereits von der ersten Herzverpflanzung oder dem Retortenbaby.

Durch die zentrale Lage Deutschlands werden die Strömungen aus allen Richtungen Europas hier vereinigt. Es muss unsere Aufgabe sein dies zu koordinieren. Die Spitzenkräfte aller kulturellen und wissenschaftlichen Strömungen suchen den Austausch ihrer Erfahrungen mit ihresgleichen. Die bereits guten Ansätze und auch schon vorhandenen Möglichkeiten müssen ausgebaut werden.

Erfindungen auch von staatlichen Stellen müssen gefördert und entsprechend über die Industrie oder selbst vermarktet werden.

Erläuterung unserer Ziele zum Thema Kultur, Wissenschaft und Forschung.

Aufnahme aller vorhandenen Exponate der Museen und Darstellung im Internet  
Freiheit aller Forschungen. Förderung jeder Art von aussichtsreichen Innovationen.  
Erfindungen von staatlichen Instituten müssen vermarktet werden, oder bei Nichtinteresse der Wirtschaft in eigenen Kapitalgesellschaften produziert und der Gewinn hieraus für Ausbildung, Stipendien und die Weiterforschung an diesem Institut verwendet werden, wie es in Amerika praktiziert wird.

Das Patentrecht ist reformüberfällig. Natur kann nicht patentiert werden.

Nicht angewandte Patente sind freizugeben. Es ergibt für die Allgemeinheit keinen Sinn wenn Patente aufgekauft und weggesperrt werden.



## **10. ) Kirchen- und Religionsgemeinschaften.**

Bisherige Entwicklung und unsere Erläuterungen.

Alle religiösen Vereinigungen müssen in Deutschland selbstverständlich ihren Glauben nachgehen können.

Es darf bei der Ausübung derselben allerdings zu keiner Beeinträchtigung der Lebensqualität, der Gesundheit, des Lebens der Beteiligten oder Unbeteiligten kommen und es müssen die bei uns gültigen Gesetze unbedingt beachtet werden. Sollte es zu Beschädigungen kommen, sind die Gemeinschaften zum vollen Schadenersatz heranzuziehen.

Wir schätzen die kulturelle Vielfalt und das vielfach praktizierte karitative Engagement sehr und wollen zu seiner Förderung auch gerne beitragen.

## **11. ) Freizeit und Sport.**

Bisherige Entwicklung und unsere Erläuterungen.

Über ein Viertel der Deutschen ist in einem Sportverein. Es ist in den letzten Jahren auch wieder mehr das gesellige Beisammensein in den Vordergrund getreten, was insbesondere für die Jugend von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung ist. Es haben sich daher auch wieder mehr Betreuer oder Ausbilder zur Verfügung gestellt, was sehr begrüßenswert ist.

Was fehlt ist meist die Förderung von Talenten ab deren Erkennung bis zu deren ernstzunehmenden Erfolgen. Die Vereine sind hier oft in der Ausbildung und auch finanziell überfordert.

Andererseits werden oft zu große, oder zu teure Anlagen mit öffentlichen Mitteln gefördert, deren Unterhalt dann den Vereinen Schwierigkeiten bereitet. Die Anlagen werden vernachlässigt und sind dann in einem gesundheits- oder sogar lebensgefährlichen Zustand. Hier ist schon bei der Planung und bei der Genehmigung von Zuschüssen ( auch von Städten ) eine Plausibilitätsprüfung von dritter Seite nötig. Für vermeidbare Schäden hat sich die Vorstandschaft entsprechend zu versichern oder selbst hierfür die Haftung zu übernehmen.

Freizeit und Sport ist unser aller Anliegen und daher von der Allgemeinheit in jeder möglichen Form zu fördern. Talente sind zu unterstützen und zum Spitzensport hinzuführen. Der Schulsport ist besonders zu fördern.

## **12. ) Verkehr**

Bisherige Entwicklung und unsere Erläuterungen.

Durch die Lage in Mitten von Europa wird das Straßennetz in Deutschland mit dem zunehmenden Verkehr aus den osteuropäischen Staaten noch beträchtlich ausgebaut werden müssen. Es fehlt fast überall eine zusätzliche Fahrspur. Diese Aufgabe ist nur durch eine entsprechende Mautabgabe zu bewältigen.

Nach in Deutschland gültigen Maßstäben, nicht verkehrssichere Fahrzeuge, dürfen nicht auf unseren Straßen fahren. An den Grenzen sind entsprechende Kontrollen einzurichten. Der Schadstoffausstoß ist über entsprechende Motoren und Kraftstoffe noch stark zu reduzieren.

Die Erhöhung der Ökosteuer hat sich nicht bewährt, der angebliche Rückgang von Benzinkäufen ist auf Käufe im Ausland zurückzuführen. Um die Abhängigkeit vom Erdöl zu vermindern sind wirklich machbare und aussichtsreiche Alternativen zu fördern.

Die Ökosteuer ist stufenweise wieder abzubauen.

Der Güterverkehr mit der Bahn ist in Deutschland, im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern, zu gering. Es handelt sich hierbei um eine Preisfrage die es zu beseitigen gilt.

## **13. ) Militär und Zivildienst.**

Bisherige Entwicklung und unsere Erläuterungen.

Das Militär ist jedenfalls wichtig, aber im Moment nicht effizient genug, da ihm die Perspektiven fehlen. Deutschland wird nicht in fernen Regionen verteidigt, sondern in Deutschland. Ein Abbau der Verteidigungskraft ist äußerst gefährlich und ruft fast automatisch jemanden auf den Plan der uns testen will.

Einsätze um andere Länder zu reglementieren kann nicht unsere Aufgabe sein, auch wenn dies von Freunden noch so gewünscht wird. Bei ausländischen Übergriffen auf unsere Bevölkerung oder Teilen hiervon ist vorbehaltlos einzugreifen.

Die Ausbildung muss effektiver gestaltet werden, wofür aber eine Ausbildungszeit von 15 – 18 Monaten erforderlich ist.

Für die hochqualifizierten Aufgaben ist eine Berufsarmee notwendig.

Im Katastropheneinsatz hat sich das Militär schon gut bewährt und ist dies noch weiter auszubauen, evtl. bis hin zu humanitären Hilfeleistungen bei anderen Völkern.

Frauen sind beim Militärdienst nur für bestimmte Bereiche geeignet.

Zivildienst ist gleichwertiger Militärdienst.

## 14. ) Handwerk, Handel und Industrie

Bisherige Entwicklung und unsere Erläuterungen.

Das Handwerk hat sich bereits vor Jahrtausenden gemäß den örtlichen Bedürfnissen entwickelt. Der Handel hat Differenzen hierzu ausgeglichen und Industrien entstanden für große Projekte.

In den Städten entwickelten sich bereits im 13. Jahrhundert Zünfte die durch eine Zulassungsbeschränkung für ein genügendes Auskommen der Meister aber dadurch auch für eine ordentliche und vorgeschriebene Bezahlung der Gesellen sorgte und auch die Herstellungsqualitäten überprüften. Die Zünfte wurden um 1868 abgeschafft, zu einem Zeitpunkt als die Dampfmaschine ihren Siegeszug angetreten hatte und ganze Berufsgruppen überflüssig wurden.

Die Innungen und Handelskammern versuchten zwar dem Handwerk und dem Handel einen gewissen Halt zu geben, aber mit Einführung der Gewerbefreiheit nach dem Krieg auf Intervention der Amerikaner und der nunmehrigen Abschaffung des Meisterschaftsbriefes zur Eröffnung eines Handwerksbetriebes durch Brüssel ist das Betriebsrisiko durch unqualifizierte Konkurrenz für alle Unternehmer ebenso gestiegen, wie für den Verbraucher das Qualitätsrisiko.

Sicherlich will niemand immer noch schlechtere Ware mit noch schlechteren Ersatzstoffen kaufen, da diese auf andere Weise im stetigen Preiskampf nicht billiger herstellbar sind. Wir und viele andere auf dieser Welt wollen sich auf die gekauften Produkte verlassen können. Deutschland hat hierzu ein einmaliges Gütesiegel.

„Made in Germany“

Dieses gilt es noch weiter zu entwickeln. Mindestens 51% der Herstellung und die Endfertigung müssen in Deutschland erfolgen. Ständige unabhängige Kontrollen sollten die Qualität sichern.

Rahmenbedingungen bei Handwerk und Handel schaffen, dass dies auch garantiert werden kann.

Aussichtsreiche Erfindungen, Neugründungen und Betriebsübernahmen, sowie die Vermarktung von Erfindungen auch von Universitäten sind von einer unabhängigen staatlichen Innovationsbank zu finanzieren.

Stilllegungen von rentablen Betrieben, darf es aus welchen Gründen auch immer nicht geben.

Feindliche Übernahmen von Betrieben bis zu einem Anteil von 50% müssen ausgeschlossen werden, ebenso wie die Veröffentlichungspflicht von GmbH – Bilanzen aus Konkurrenzgründen.

## 15, ) Europäische Gemeinschaft

Bisherige Entwicklung und unsere Erläuterungen.

In Brüssel überschneiden sich derzeit die unterschiedlichsten Interessen.

Die einen Länder wollen irgendwelche im Inland unbequemen Parteigänger mit einem goldenen Handschlag nach Brüssel verabschieden. Für andere Länder ist die Bewährung Brüssel Voraussetzung für ein Ministeramt. Einige Länder schicken bereits bewährte Politiker nach Brüssel um möglichst viel politischen Einfluss geltend machen zu können, andere wieder wollen Einfluss auf möglichst viele Vorteile für ihr Land erreichen.

Alle zusammen werden von einem Heer von Lobbyisten auf alle mögliche Weise beeinflusst um möglichst viele Vorteile für ihre Branche oder Firma bzw. ihr Land zu erlangen, was sich offensichtlich trotz enormer Kosten, lohnt.

Es sollte bei der ursprünglichen Idee der Gemeinschaft der Vaterländer bleiben. Es müssen die Länder ihre Vielfalt an Eigenheiten in Produktion oder Verarbeitung behalten.

Die Währungseinheit und die offenen Grenzen bevor die Gesetze bei Justiz, Steuer und Wirtschaft vereinheitlicht sind, war nicht besonders ideenreich, die Aufnahme von Ländern die erst später die Korruption bekämpfen wollen, auch nicht. Aber vielleicht kann hier über die verschiedenen Geschwindigkeiten noch einiges korrigiert werden.

Brüssel muss den Platz einnehmen der ihm zusteht, es muss aber auch über jeden Zweifel erhaben sein. Für die seit Jahrzehnten praktizierte Subventionskriminalität sind drastische Strafen auszusprechen. Ebenso bei Falschangaben der staatlichen Stellen. In der jetzigen Form sind die Schwierigkeiten vorprogrammiert.

Frankreich hat bereits den Vorschlag für die Gründung eines Mittelmeerpaktes eingereicht was sicher seine Richtigkeit hat. Alle diese Länder sind durch die Gebirgsauffaltung der Alpen ohne Bodenschätze und wenig landwirtschaftlichen Grund kaum in der Lage sich selbst zu erhalten. Dies war auch der Grund für die Expansion zuerst der Griechen dann der Römer. Nach dem Krieg wurde die ständige Geldentwertung eingeführt was für diese Länder am praktikabelsten war, da sich der Lebensrhythmus in monatlichen also in überschaubaren Zeiträumen abspielte. Demgegenüber würde sich ein Pakt der germanisch begründeten Nordländer fast automatisch ergeben. Hier waren der Geldwert und auch die Löhne oft über Generationen gleich. Hier sind auch jetzt die sozialen und steuerlichen Verhältnisse vergleichbar. Dies alles kann sich durchaus im Rahmen der EG. mit verschiedenen Entwicklungsgeschwindigkeiten abwickeln. Ein von manchen angestrebtes Europa nach dem Muster der USA ist durch die Vielfalt der Völker und der bisherigen jahrhunderte langen Entwicklungen wohl kaum denkbar. Alles was zu unterschiedlich ist und Global zusammengefasst wird, zerfällt wieder.

Nur ein soziales, verständnisvolles Füreinander ergibt eine automatische Anpassung. Ohne eine gewisse Abgrenzung wird dies aber wohl nicht möglich sein.

Wir sind das Volk.